

Statistischer Bericht



Gastgewerbe im Freistaat Sachsen

2019

G IV 3 – j/19

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Allen Rechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde. In einzelnen Fällen können bei der Summenbildung geringe Abweichungen entstehen, die in Abbildungen und Tabellen auf ab- bzw. aufgerundete Einzelangaben zurückzuführen sind.

Herausgeber, Redaktion, Gestaltung, Satz

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63, 01917 Kamenz
Telefon +49 3578 33-1913
Telefax +49 3578 33-1921
E-Mail info@statistik.sachsen.de

Druck

Diese Veröffentlichung steht ausschließlich in elektronischer Form bereit.

Redaktionsschluss

März 2020

Bezug

Download im Internet kostenfrei unter
www.statistik.sachsen.de

Erscheinungsfolge

jährlich

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2020
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Statistischer Bericht G IV 3 - j/19
Gastgewerbe im Freistaat Sachsen
Jahr 2019

[Titel](#)
[Impressum](#)

Inhalt

[Vorbemerkungen \(Verweis auf Qualitätsbericht\)](#)

Tabellen

1. [Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe seit Januar 2017](#)
2. [Umsatzentwicklung im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen \(Messzahlen; Basis ist der Durchschnitt des Jahres 2015\)](#)
3. [Veränderung des Umsatzes im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen](#)
4. [Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen](#)

Abbildungen

1. [Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Gastgewerbe](#)
2. [Anteil der einzelnen Wirtschaftsgruppen am Umsatz im Gastgewerbe 2019](#)

[Inhalt](#)**Vorbemerkungen**

Die in den Vorbemerkungen enthaltenen Erläuterungen zur fachstatistischen Erhebung incl. Definitionen sind in den bundeseinheitlichen Qualitätsberichten hinterlegt.

Das Jahr 2019 enthält vorläufige Ergebnisse. Stand März 2020

Über den folgenden Link gelangen Sie zum Qualitätsbericht

[Qualitätsbericht im Gastgewerbe](#)

URL:

https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Gastgewerbe-Tourismus/gastgewerbe-jahreserhebung-2017.pdf;jsessionid=ED678E70BD442CC236F31EFFB7FF206C.internet712?_blob=publicationFile

Stand: 27.09.2019

Zusätzliche Erläuterungen Gastgewerbe

Hinweis: Öffnen der Datei durch Doppelklick auf das Symbol. Falls Ihr Betriebssystem das Öffnen der nachfolgend eingebetteten PDF-Datei nicht unterstützt, ist dieser Inhalt in der zur Langzeitarchivierung erstellten PDF-Datei des gesamten Statistischen Berichts enthalten. Diese ist in der gemeinsamen Publikationsdatenbank (Statistische Bibliothek) des Bundes und der Länder abgelegt.

Zusätzliche
Erläuterungen

Zusätzliche Erläuterungen

Beherbergung

Unter Beherbergung versteht man das Anbieten von Übernachtung für eine begrenzte Zeit (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) gegen Entgelt, auch wenn das Betreiben der Beherbergungsstätten nicht der Erlaubnispflicht nach § 2 Gaststättengesetz unterliegt. Auch die Vermietung von Zelt- und Wohnwagenplätzen sowie von Ferienwohnungen und Ferienhäusern gehört dazu.

Gastronomie

Die Gastronomie umfasst die Bewirtung mit kompletten Mahlzeiten oder mit Getränken zum sofortigen oder alsbaldigen Verzehr. Dabei ist es unerheblich, ob die Einrichtungen fest oder mobil sind und ob sie über Sitzgelegenheiten verfügen. Zur Gastronomie zählen auch Kantinen und Caterer.

Unternehmen/Arbeitsstätten

Das Unternehmen ist die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt oder ähnliche Geschäftsaufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensbestandes und/oder des Erfolgs ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Ein Unternehmen kann aus einer oder mehreren Arbeitsstätten bestehen. Eine Arbeitsstätte (örtliche Einheit) ist ein an einem räumlich festgelegten Ort gelegenes Unternehmen oder Teil eines Unternehmens (Werkstätte, Verkaufsladen, Büro, Lagerhaus), wo üblicherweise eine oder mehrere Personen (unter Umständen auch zeitweise) im Auftrag ein und desselben Unternehmens arbeiten.

Umsatz (ohne Umsatzsteuer)

Der Umsatz im Gastgewerbe ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Eigenverbrauch, Verkäufe an Betriebsangehörige, Bedienungsgeld, Getränke-, Sekt-, Vergnügungssteuer (nicht jedoch durchlaufende Posten wie Kurtaxe oder Fremdenverkehrsabgabe), die Kosten für Fracht, Porto und Verpackung (falls bei Lieferungen – z. B. aus gewerblichen Nebenbetrieben - gesondert in Rechnung gestellt), (nicht gewerblich besteuerte) Erlöse aus Land- und Forstwirtschaft sowie betriebsfremde Erträge (z. B. Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung von betriebsfremd genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen). Nicht zum Umsatz im Gastgewerbe gehören jedoch außerordentliche Erträge (z. B. aus dem Verkauf von Anlagevermögen) sowie Zinserträge aus nicht betriebsnotwendigem Kapital oder Erträge aus Beteiligungen. An die Kundschaft gewährte Skonti und Erlösschmälerungen (z. B. Preisnachlässe, Rabatte, Jahresrückvergütungen, Boni) sind bei der Ermittlung des Umsatzes abzusetzen. Bei Zugehörigkeit zu einer umsatzsteuerlichen Organschaft sind sowohl der auf das Unternehmen entfallende Umsatz mit Dritten als auch die mit den übrigen Tochtergesellschaften bzw. der Muttergesellschaft getätigten Innenumsätze anzugeben.

Beschäftigte

Beschäftigte sind tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer einschl. der Auszubildenden und Praktikanten. Dazu gehören auch vorübergehend Abwesende (z. B. Kranke, Urlauber) und alle Teilzeitbeschäftigten – ohne eine Umrechnung auf Vollbeschäftigte. Bei Vollbeschäftigten entspricht die durchschnittliche Arbeitszeit der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit. Bei Teilzeitbeschäftigten ist die durchschnittliche Arbeitszeit kürzer als die orts-, branchen- oder betriebsübliche Arbeitszeit; hierunter sind auch die geringfügig Beschäftigten ("450 €-Kräfte", Tätigkeiten mit einer Arbeitszeit von unter 15 Stunden pro Woche) nachzuweisen.

Sondersummen

Sondersummen werden aufgrund bestehender Lieferverpflichtungen an Hauptnutzer bzw. wegen des besonderen öffentlichen Interesses ausgewiesen. Sie entsprechen nur Teilen von Wirtschaftsgruppen oder sind wirtschaftsgruppenübergreifend. Nachfolgend wird der Bezug zur Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) hergestellt und die einfließenden Wirtschaftsunterklassen benannt:

561-01 beinhaltet das Gaststättengewerbe (Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafes, Eissalons u. Ä.); Ausschank von Getränken.

[Inhalt](#)**1. Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe¹⁾ seit Januar 2017**

Jahr Monat	Umsatz				Beschäftigte			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen des Jahres 2015		insgesamt		darunter: Teilzeitbeschäftigte	
	Messzahl ¹⁾	% ²⁾	Messzahl ¹⁾	% ²⁾	Messzahl ¹⁾	% ²⁾	Messzahl ¹⁾	% ²⁾
2017	107,8	3,4	103,5	1,4	104,9	2,3	106,4	1,5
Januar	85,7	4,1	83,4	2,1	98,9	0,7	97,7	-0,1
Februar	84,0	-1,3	81,5	-3,2	99,5	2,6	100,0	2,7
März	98,2	1,8	95,1	-0,1	100,7	-0,8	101,8	-1,3
April	103,8	4,3	100,3	2,5	102,7	0,3	103,3	-1,2
Mai	113,8	-2,2	109,5	-3,9	106,9	4,6	109,1	3,7
Juni	116,0	7,0	111,3	5,0	107,8	2,9	111,2	1,9
Juli	106,0	1,3	101,4	-0,9	107,5	3,0	110,6	2,5
August	116,3	7,7	111,3	5,3	108,6	4,0	110,1	3,6
September	119,0	5,8	113,0	3,5	107,6	2,9	108,8	1,5
Oktober	113,3	2,6	107,9	0,4	105,6	1,2	106,7	-0,5
November	104,7	1,3	99,9	-0,8	106,0	3,0	108,2	2,3
Dezember	133,2	7,0	126,9	4,7	106,5	3,2	109,5	3,4
2018	111,3	3,2	104,6	1,1	105,6	0,7	108,8	2,3
Januar	89,7	4,7	85,3	2,3	101,8	2,9	104,1	6,6
Februar	89,1	6,1	84,6	3,8	101,4	1,9	103,9	3,9
März	101,1	3,0	95,8	0,7	102,6	1,9	105,1	3,2
April	108,8	4,8	102,8	2,5	104,9	2,1	107,8	4,4
Mai	119,5	5,0	112,7	2,9	105,9	-0,9	108,4	-0,6
Juni	118,7	2,3	111,3	0,0	107,2	-0,6	111,1	-0,1
Juli	106,0	0,0	99,7	-1,7	105,2	-2,1	107,6	-2,7
August	113,6	-2,3	106,8	-4,0	107,6	-0,9	110,3	0,2
September	119,5	0,4	111,4	-1,4	106,3	-1,2	108,8	-
Oktober	112,3	-0,9	104,8	-2,9	106,6	0,9	110,4	3,5
November	111,7	6,7	104,4	4,5	107,3	1,2	112,4	3,9
Dezember	145,1	8,9	135,9	7,1	110,5	3,8	116,1	6,0
2019³⁾	115,7	4,0	106,3	1,6	108,7	2,9	113,2	4,0
Januar	91,3	1,8	85,4	0,1	102,7	0,9	106,1	1,9
Februar	92,4	3,7	86,2	1,9	104,0	2,6	107,2	3,2
März	102,6	1,5	95,6	-0,2	103,0	0,4	106,8	1,6
April	108,7	-0,1	100,5	-2,2	108,8	3,7	114,5	6,2
Mai	121,2	1,4	111,1	-1,4	111,0	4,8	116,5	7,5
Juni	125,2	5,5	114,5	2,9	112,2	4,7	118,6	6,8
Juli	116,7	10,1	106,9	7,2	110,6	5,1	115,6	7,4
August	123,2	8,5	113,1	5,9	111,3	3,4	115,4	4,6
September	124,3	4,0	113,2	1,6	110,2	3,7	114,1	4,9
Oktober	120,0	6,9	109,3	4,3	109,5	2,7	112,4	1,8
November	119,5	7,0	108,8	4,2	109,4	2,0	113,6	1,1
Dezember	143,5	-1,1	130,9	-3,6	111,7	1,1	117,3	1,0

1) Basis ist der Monatsdurchschnitt 2015.

2) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

3) Letztes Jahr vorläufige Ergebnisse.

[Inhalt](#)
**2. Umsatzentwicklung im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Messzahlen; Basis ist der Durchschnitt des Jahres 2015)**

WZ 2008	Abteilung Gruppe	Umsatz					
		2017	2018	2019 ¹⁾	2017	2018	2019 ¹⁾
		in jeweiligen Preisen			in Preisen des Jahres 2015		
55-01	Gastgewerbe	107,8	111,3	115,7	103,5	104,6	106,3
	davon						
55	Beherbergung	111,5	115,8	117,6	107,4	109,3	108,8
	darunter						
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen	112,6	116,7	118,5	108,4	110,1	109,6
56	Gastronomie	105,8	108,7	114,7	101,3	102,0	104,9
	darunter						
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	102,5	106,7	113,0	98,0	99,7	102,7
56.2	Caterer und Erbringung sonst. Verpflegungsdienstleistungen	114,3	115,2	120,2	109,9	109,1	111,4
56.3	Ausschank von Getränken	93,8	86,0	93,5	89,7	80,4	85,2
	Sondersumme ²⁾						
561-01	Gaststättengewerbe	102,0	105,8	112,2	97,5	98,9	102,0

1) Letztes Jahr vorläufige Ergebnisse.

2) Siehe Zusätzliche Erläuterungen.

[Inhalt](#)**3. Veränderung des Umsatzes im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen**

(in Prozent)

WZ 2008	Abteilung Gruppe	Veränderung des Umsatzes jeweils zum Vorjahr					
		2017	2018	2019 ¹⁾	2017	2018	2019 ¹⁾
		in jeweiligen Preisen			in Preisen des Jahres 2015		
55-01	Gastgewerbe	3,4	3,2	4,0	1,4	1,1	1,6
	davon						
55	Beherbergung	5,2	3,9	1,6	3,2	1,8	-0,5
	darunter						
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen	5,9	3,6	1,5	3,9	1,6	-0,5
56	Gastronomie	2,4	2,7	5,5	0,3	0,7	2,8
	darunter						
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	0,7	4,1	5,9	-1,3	1,7	3,0
56.2	Caterer und Erbringung sonst. Verpflegungsdienstleistungen	6,2	0,8	4,3	4,1	-0,7	2,1
56.3	Ausschank von Getränken	0,3	-8,3	8,7	-1,8	-10,4	6,0
	Sondersumme ²⁾						
561-01	Gaststättengewerbe	0,6	3,7	6,0	-1,4	1,4	3,1

1) Letztes Jahr vorläufige Ergebnisse.

2) Siehe Zusätzliche Erläuterungen.

[Inhalt](#)**4. Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen**

WZ 2008	Abteilung Gruppe	Beschäftigte			Veränderung der Beschäftigtenzahl		
		insgesamt	Voll- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	insgesamt	Voll- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
		Jahresdurchschnitt 2019			gegenüber Vorjahr		
		Durchschnitt 2015 = 100			%		
55-01	Gastgewerbe	108,7	103,3	113,2	2,9	1,5	4,0
	davon						
55	Beherbergung	104,3	96,3	118,9	-0,2	-1,8	2,8
	darunter						
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen	103,3	95,9	117,8	-0,7	-2,1	2,2
56	Gastronomie	110,4	108,1	111,7	4,1	3,7	4,3
	darunter						
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	110,7	105,6	114,8	5,9	5,1	6,3
56.2	Caterer und Erbringung sonst. Verpflegungsdienstleistungen	113,8	119,6	110,7	2,1	0,3	2,9
56.3	Ausschank von Getränken	82,3	86,9	83,1	-5,4	6,6	-7,7
	Sondersumme ¹⁾						
561-01	Gaststättengewerbe	109,0	104,9	112,4	5,0	5,1	4,9

1) Siehe Zusätzliche Erläuterungen.

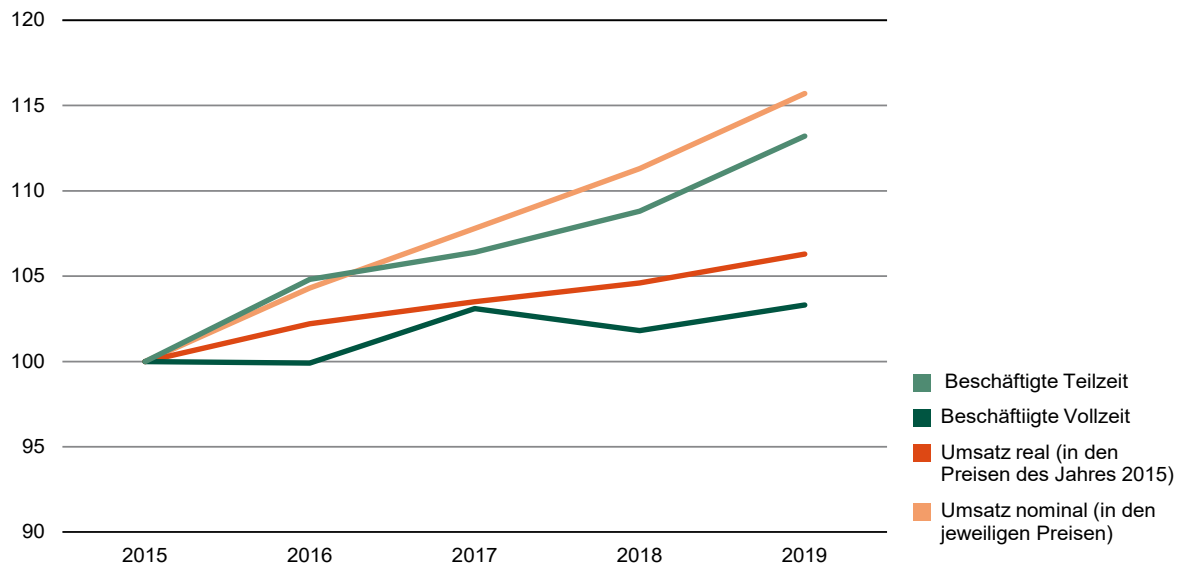
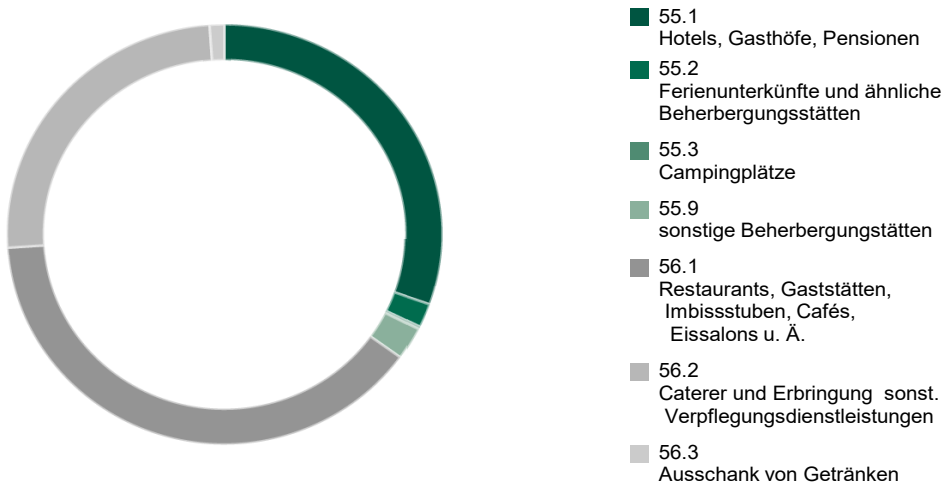
Abb. 1: Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Gastgewerbe

Abb. 2 Anteil der einzelnen Wirtschaftsgruppen am Umsatz im Gastgewerbe 2019

Jahreserhebung im Gastgewerbe



2017

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 27/09/2019

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de > Kontakt
Telefon:+49 (0) 611/754850

Kurzfassung

1 Allgemeine Angaben zur Statistik	Seite 3
<ul style="list-style-type: none">• Bezeichnung der Statistik: Jahreserhebung im Gastgewerbe• Berichtszeitraum: i. d. R. Kalenderjahr• Periodizität: jährliche Erhebung• Erhebungseinheiten: rechtlich selbstständige Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die überwiegend Gastgewerbe betreiben• Durchführung: 4. Quartal nach dem Berichtsjahr	
2 Inhalte und Nutzerbedarf	Seite 4
<ul style="list-style-type: none">• Erhebungsinhalte: Jahresumsatz nach ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten, Investitionen, Wareneingang, Warenbestände, Anzahl der Beschäftigten, Bruttoentgelte, Sozialabgaben, Subventionen• Zweck der Statistik: Information über die Struktur der Unternehmen, insbesondere zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität für wirtschaftspolitische Zwecke• Hauptnutzer: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Wirtschaftsverbände	
3 Methodik	Seite 5
<ul style="list-style-type: none">• Art der Datengewinnung: Schriftliche Befragung (elektronisch, in Ausnahmefällen papiergebunden)• Stichprobendesign: Dreifach geschichtete Zufallsstichprobe, als Auswahlgrundlage dient das statistische Unternehmensregister• Stichprobenumfang: höchstens 5% der Unternehmen• Schichtung der Stichprobe: Schichtungsmerkmale Bundesland, Branchengruppen, Umsatzgrößenklassen• Erhebungsinstrumente neben der elektronischen Datenübernahme: Online-Fragebogen (mit integrierten Plausibilitätsprüfungen) und in Ausnahmefällen Papierfragebogen• Berichtsweg: Erhebung der Daten durch die Statistischen Ämter der Länder	
4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit	Seite 6
<ul style="list-style-type: none">• Informationen zum relativen Standardfehler (RSF) werden nach Abschluss des Berichtsjahres in GENESIS-Online publiziert. Der RSF ist in Abhängigkeit von Gliederungstiefe und Merkmal unterschiedlich hoch. Für das Berichtsjahr 2017 betrug der RSF für das Gastgewerbe insgesamt beim Merkmal Umsatz 0,5%.• Die Höhe der "nicht stichprobenbedingte Fehler" variiert je nach Abteilung (WZ-Zweisteller): Im Gastgewerbe insgesamt gab es für das Berichtsjahr 2017 rund 13,2% unechte Antwortausfälle. Die Quote für die echten Antwortausfälle (unit-non-response-Koeffizient) beträgt für das gesamte Gastgewerbe 7,2% (Gewichtung Beschäftigte).• Gesamtbewertung: Stichprobenmethoden sind wissenschaftlich anerkannt.	
5 Aktualität und Pünktlichkeit	Seite 7
<ul style="list-style-type: none">• Aktualität endgültiger Ergebnisse: rund 19 Monate nach Ende des Berichtsjahres.• Pünktlichkeit: Der geplante Veröffentlichungstermin für das Berichtsjahr 2017 wurde um 14 Tage unterschritten.	
6 Vergleichbarkeit	Seite 7
<ul style="list-style-type: none">• Zeitlich: Eingeschränkt durch methodische Verbesserungen der Aufbereitung.• Räumlich: Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten möglich.	
7 Kohärenz	Seite 8
<ul style="list-style-type: none">• Amtliche Statistik: Umsatzsteuerstatistik und Beschäftigtenstatistik	
8 Verbreitung und Kommunikation	Seite 9
<ul style="list-style-type: none">• Veröffentlichungen und Kontakt: www.destatis.de > Kontakt	
9 Sonstige fachstatistische Hinweise	Seite 10

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Grundgesamtheit

Der Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik wird auf der Grundlage der NACE („Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne“ (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft)) abgegrenzt (Abschnitt I, Abteilungen 55, 56). Er umfasst alle Gastgewerbeunternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättendienstleistungen (einschl. Kantinen und Catering) anbieten. Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) anbieten oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbebetätigungen überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, "Cafe-Konditorei").

Nicht einbezogen werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe, im Ausland gelegene Unternehmensteile sowie die Gastgewerbeaktivitäten solcher Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt nicht im Gastgewerbe liegt, wie von Einzelhandelsunternehmen betriebene Restaurants oder von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes oder Behörden in eigener Regie betriebene Kantinen.

1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Erhebungs- und Darstellungseinheit ist das rechtlich selbstständige Unternehmen.

1.3 Räumliche Abdeckung

Bundesgebiet, einzelne statistische Ämter der Länder veröffentlichen außerdem Ergebnisse für ihr Bundesland.

1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

1. Januar bis 31. Dezember des Berichtsjahres; in einigen Fällen davon abweichendes Geschäftsjahr.

1.5 Periodizität

Die Erhebung wird jährlich durchgeführt.

1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik 1) (Neufassung) (ABl. EU Nr. L 97 vom 9.4.2008, S. 13) in der jeweils geltenden Fassung.

Gesetz über die Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz - HdStatG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438), in der jeweils geltenden Fassung.

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) von 22.01.1987, in der jeweils geltenden Fassung.

1.7 Geheimhaltung

1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten.

Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z. B. die Statistischen Ämter der Länder, die Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union [Eurostat]),

- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder).

Nach § 9 HdStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben

1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),

2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Nach § 47 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen werden der Monopolkommission für die Begutachtung der Entwicklung der Unternehmenskonzentration zusammengefasste Einzelangaben über die Vorhundertanteile der größten Unternehmensgruppen, Unternehmen, Betriebe oder fachlichen Teile von Unternehmen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs übermittelt. Hierbei dürfen die zusammengefassten Einzelangaben nicht weniger als drei Einheiten betreffen und keine Rückschlüsse auf zusammengefasste Angaben von weniger als drei Einheiten ermöglichen.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Einzelangaben erhalten.

1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Die Geheimhaltung erfolgt manuell gemäß der Fallzahlregel, nach der zu einem Wert mindestens drei Unternehmen beitragen müssen. Werte, für die dies nicht gilt, werden in den Tabellen gesperrt („ausgepunktet“). Im Anschluss werden ggf. weitere Werte in den Tabellen gesperrt, um eine Rückrechnung der geheim zu haltenden Werte durch Differenzbildung unmöglich zu machen.

1.8 Qualitätsmanagement

1.8.1 Qualitätssicherung

Organisation: Jährliche Besprechung mit allen Statistischen Ämtern der Länder; i.d.R. einmal jährlich Sitzung der AG "Weiterentwicklung der Handels- und Gastgewerbestatistiken" mit Vertretern aus einigen Statistischen Ämtern der Länder; mindestens jährliche Schulungen im Rahmen der gemeinsamen Fortbildung von Statistischem Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder.

Im Prozess der Statistikerstellung werden vielfältige Maßnahmen durchgeführt, die zur Sicherung der Qualität unserer Daten beitragen. Diese werden insbesondere in Kapitel 3 (Methodik) erläutert.

Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die an einzelnen Punkten der Statistikerstellung ansetzen, werden bei Bedarf angepasst und um standardisierte Methoden der Qualitätsbewertung und -sicherung ergänzt. Zu diesen standardisierten Methoden zählt auch dieser Qualitätsbericht, in dem alle wichtigen Informationen zur Datenqualität zusammengetragen sind.

1.8.2 Qualitätsbewertung

Im Vergleich zu den vorhergehenden Erhebungen liegt ab der Jahrerhebung 2009 eine geänderte Stichprobenmethodik zugrunde. Die Änderungen zielten auf eine größere Konsistenz der Daten mit den Ergebnissen des Unternehmensregisters für statistische Zwecke. Bei diesem Ziel wurden gegenüber dem Berichtsjahr 2008 sehr große Fortschritte erzielt, da sich das Niveau der in der Jahrerhebung nachgewiesenen Werte deutlich erhöht hat.

Mit dem Berichtsjahr 2010 nutzten die Statistischen Ämter erstmalig eine deutlich leistungsfähigere Software. Bei der Plausibilisierung der Daten werden nun z. B. die Richtlinien der Systematik NACE Rev. 2 zur Zuordnung der Unternehmen wesentlich straffer eingehalten als im Vorjahr. Dies betrifft vor allem die Positionen ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Dadurch kommt es zum Teil zu erheblichen Verschiebungen der Werte innerhalb der NACE-Positionen.

Durch erneute methodische Änderungen im Berichtsjahr 2014 wurden die Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Strukturstatistiken und der Unternehmensdemografie hinsichtlich der Zahl der Unternehmen reduziert. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Berichtsjahres 2014 mit denen der Vorjahre eingeschränkt.

2 Inhalte und Nutzerbedarf

2.1 Inhalte der Statistik

2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Zum Erhebungsprogramm der Jahrerhebung gehören Jahresumsatz, Investitionen, Warenbezüge und Warenbestände am Anfang und am Ende eines Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der Beschäftigten, die Bruttoentgelte, die Sozialabgaben und Subventionen.

2.1.2 Klassifikationssysteme

WZ 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen

Die Verordnung (EG) Nr. 250/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008, in der derzeit geltenden Fassung, regelt die Definitionen der Merkmale und das technische Format für die Datenübermittlung. Die Vorgaben der Verordnung werden eingehalten.

2.2 Nutzerbedarf

Die Ergebnisse der Jahrerhebung vermitteln wirtschaftspolitisch bedeutsame Informationen über die Struktur der Unternehmen und ermöglichen auch eine Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe. Die Jahrerhebung im Gastgewerbe stellt daher eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen

Gastgewerbestatistik dar. Sie wird in Abgrenzung zur monatlichen Konjunkturerhebung auch als Strukturhebung bezeichnet.

Zu den Hauptnutzern der Gastgewerbestatistiken zählen Bundes- und Landesministerien, insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Deutsche Bundesbank und die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, sowie die Europäische Zentralbank. Daneben gehören auch Wirtschaftsforschungsinstitute, Wirtschaftsverbände und Interessenvertretungen des Gastgewerbes zu den Nutzern der Gastgewerbestatistik. Die Ergebnisse fließen zudem in die Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder ein.

2.3 Nutzerkonsultation

Die Interessen der Hauptnutzer finden auf verschiedenen Wegen Berücksichtigung: Die von Seiten der Ministerien oder Zentralbanken gewünschten Veränderungen im bestehenden Erhebungsprogramm lassen sich auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene mittels Gesetzesänderungen umsetzen. Darüber hinaus sind die Bundesministerien, die Statistischen Ämter der Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft im Statistischen Beirat vertreten, der nach § 4 BStatG das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät. Fachspezifische Fragen oder Anregungen werden dabei in den vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschuss "Verkehrs- und Tourismusstatistik" eingebracht. Neben den institutionalisierten Gremien steht die Gastgewerbestatistik in einem fortwährenden Dialog mit den wichtigsten Gastgewerbeverbänden (zum Beispiel "Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)").

3 Methodik

3.1 Konzept der Datengewinnung

Die Daten werden im Rahmen einer schriftlichen (elektronisch, in Ausnahmefällen papiergebunden) Befragung von Unternehmen erhoben. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaber(-innen) oder Leiter(-innen) der Unternehmen.

Die Grundgesamtheit für die Gastgewerbestatistik ist die Gesamtheit aller Unternehmen, die schwerpunktmäßig Gastgewerbebetätigungen im Sinne der NACE Rev. 2, Abschnitt I (Abteilungen 55, 56), ausüben. Die Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung wird anhand des statistischen Unternehmensregisters festgelegt. Dabei handelt es sich um eine Datenbank der wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe aus nahezu allen Wirtschaftszweigen. Sie wird regelmäßig aus verschiedenen Datenquellen, vorwiegend Verwaltungsdaten, aktualisiert und enthält Angaben zu Umsatz und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für deutschlandweit rund 3,5 Millionen Unternehmen.

Zwischen den Strukturstatistiken im Handel und Gastgewerbe und den Ergebnissen der Unternehmensdemografie bestehen u. a. Abweichungen hinsichtlich der Zahl der Unternehmen. Die Strukturstatistiken werden in Deutschland auf der Basis von Stichprobenerhebungen erstellt, während die Statistiken der Unternehmensdemografie direkt aus dem statistischen Unternehmensregister (URS) gewonnen werden.

Wenn im Kalenderjahr der Befragung ein Unternehmen postalisch nicht erreicht werden kann, ist es mit großer Wahrscheinlichkeit erloschen. Es wird geprüft, ob diese Unternehmen im Berichtsjahr noch existierten - z.B. anhand von Umsatzsteuervoranmeldungen. Stichproben-Unternehmen, die im Berichtsjahr existierten, werden mit ihren jeweiligen Hochrechnungsfaktoren entsprechend ihrer Wirtschaftszweiguordnungen im Rahmen der Hochrechnung berücksichtigt.

Analog dazu werden Stichproben-Unternehmen im Rahmen der Hochrechnung berücksichtigt, die im Berichtsjahr aktiv waren, aber deren Geschäftstätigkeit im Jahr der Befragung ruhte.

Die Zahl der Unternehmen in der Jahreserhebung im Gastgewerbe 2017 weicht um 5,5% von den Ergebnissen der Unternehmensdemografie ab. Im Vorjahr waren es 7,4%.

Die Unternehmen werden durch eine geschichtete Zufallsauswahl aus der Auswahlgrundlage gezogen. Die Zufallsstichprobe ist dreifach geschichtet:

1. Schichtung: Unterteilung der Grundgesamtheit nach Bundesländern.
2. Schichtung: Innerhalb jedes Bundeslandes nach Branchengruppen.
3. Schichtung: Innerhalb jeder Branchengruppe nach Umsatzgrößenklassen.

Die Fehlerrechnung wurde auf Basis der entsprechenden Formel für die Varianz des angewendeten Hochrechnungsverfahrens bei einer geschichteten Zufallsstichprobe durchgeführt. Verwendet wurde zu diesem Zweck das SAS-Makro CLAN.

Die Jahreserhebung für das Berichtsjahr 2017 im Gastgewerbe wurde bei rund 10 200 Unternehmen durchgeführt, dem so genannten Berichtskreis. Das entspricht etwa 4,3% der Unternehmen.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Als Erhebungsinstrumente dienen fast ausschließlich Internetfragebogen mit integrierten Plausibilitätsprüfungen. In begründeten Ausnahmefällen stehen den Auskunftspflichtigen Papierfragebogen zur Verfügung. Die Erhebungsinstrumente werden entsprechend den aktuellen Standards der amtlichen Statistik zur Erstellung von

Erhebungsinstrumenten entwickelt. Erkenntnisse aus der Erhebung der Vorjahre werden bei der Pflege und Aktualisierung der Fragebogen berücksichtigt. Fragen und Antworttexte werden mit Gastgewerbeverbänden auf das Rechnungswesen der Unternehmen abgestimmt, um die Belastung der Unternehmen zu minimieren. Die Erhebung erfolgt über gesicherte Internet-Verbindungen (Online-Meldung) oder postalisch. Die Befragung führen die Statistischen Ämter der Bundesländer dezentral durch.

Insbesondere das gesetzlich vorgeschriebene Fragenprogramm bestimmt die jährliche Anpassung des Fragebogens, der Bestandteil des Qualitätsberichts ist. Beigefügt ist der Fragebogen der Jahreserhebung 2017.

3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Die Ergebnisse jedes einzelnen Unternehmens der Stichprobe werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Dabei ist der Hochrechnungsfaktor der Kehrwert des Auswahlatzes. In der untersten Umsatzgrößenklasse kann der Hochrechnungsfaktor auf ca. 60 steigen, d.h. ein Unternehmen repräsentiert 60 andere. Die Unternehmen in Totalschichten erhalten den Hochrechnungsfaktor 1,0. Durch das Hochrechnungsverfahren treten keine Verzerrungen auf.

Mithilfe eines Schätzverfahrens, der sogenannten Neugewichtung, werden fehlende Unternehmensangaben durch Anheben der Hochrechnungsfaktoren bei allen plausiblen Datensätzen im jeweiligen WZ-Bereich kompensiert.

3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Da es sich um eine Jahreserhebung handelt, findet ein Saisonbereinigungsverfahren keine Anwendung.

3.5 Beantwortungsaufwand

Im Zuge einer Stichprobenrotation wurden für das Berichtsjahr 2017 rund 17% der Stichprobenunternehmen der Repräsentativschichten ausgetauscht, um Unternehmen zu entlasten, die mehr als sechs Jahre auskunftspflichtig waren. Unternehmen der Totalschichten wurden nicht ersetzt. Der Auswahlatz blieb unverändert. Für die Folgejahre wird ebenfalls ein Sechstel der Stichprobe ausgetauscht.

4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Bei der Jahreserhebung im Gastgewerbe wurde das Stichprobendesign nach wissenschaftlich anerkannten stichprobentheoretischen Methoden so gewählt, dass die statistischen Ergebnisse bei dem vorgegebenen Stichprobenumfang mit der bestmöglichen Präzision bereitgestellt werden können. Seit dem Berichtsjahr 2009 orientiert sich der Auswahlplan an der WZ 2008, wodurch eine Verbesserung der Genauigkeit erreicht wurde.

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Die Ergebnisse der Jahreserhebung im Gastgewerbe basieren auf einer repräsentativen Stichprobe, die in Abhängigkeit vom Stichprobenumfang und der Streuung der zu beobachtenden Merkmale zu geringfügig anderen Ergebnissen führen kann, wenn man wiederholt Stichproben ziehen und die betreffenden Unternehmen befragen würde. Diese Ergebnisschwankungen werden als Stichprobenzufallsfehler oder stichprobenbedingte Fehler bezeichnet und durch anerkannte Stichprobenmethoden (fachgerechte Schichtung und präzisionssteigernde Berechnung der Hochrechnungsfaktoren) reduziert.

Das Ausmaß dieser Schwankungen kann mit Hilfe des relativen Standardfehlers geschätzt werden. Der relative Standardfehler gibt den Bereich (Konfidenzintervall) an, in dem die Ergebnisse mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% liegen, wenn man die Jahreserhebung im Gastgewerbe häufig wiederholen würde. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Ergebnisse außerhalb des Konfidenzintervalls liegen, beträgt 32%. Letztlich gibt das Konfidenzintervall den Bereich an, in dem der wahre Wert mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegen wird.

Die amtliche Statistik gibt den relativen Standardfehler in Prozent eines statistischen Ergebnisses an. Beträgt z. B. der hochgerechnete Umsatz im Jahr 2017 beim Wirtschaftszweig "Hotels, Gasthöfe und Pensionen" 27 916 Millionen Euro und weist dieser Wert einen relativen Standardfehler von 0,7% auf, dann liegt der wahre Umsatz mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% in dem Bereich zwischen 27 721 und 28 111 Millionen Euro. Die stichprobenbedingten Fehler variieren in Abhängigkeit vom Merkmal und der Gliederungstiefe. Für das Berichtsjahr 2017 lagen die relativen Standardfehler für nachstehende Merkmale bei:

Jahr	Unternehmen	Arbeitnehmer	Umsatz	Bruttoinvestitionen
	Prozent			
WZ2008 (ausgewählte Positionen):Gastgewerbe				
2017				
55 Beherbergung	0,5	1,1	0,7	5,1
56 Gastronomie	0,2	1	0,6	5,6

4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

❖ Systematische Fehler durch Mängel in der Erfassungs-/Auswahlgrundlage:

Bei der Ermittlung der Auswahlgrundlage, gleichgültig nach welchem Verfahren, können Fehler auftreten, da beispielsweise Unternehmen, obwohl sie überwiegend Gastgewerbe betreiben, nicht dem Gastgewerbe zugeordnet sind (Untererfassung). Sofern diese Unternehmen bei der Durchführung anderer Bundesstatistiken erkannt werden, werden sie dem Gastgewerbe zugeordnet. Diese Unternehmen können dann über die jährliche Aktualisierung der Stichprobe in den Berichtskreis aufgenommen werden.

Daneben kommt es vor, dass Unternehmen befragt werden, die nicht oder nicht mehr zur Grundgesamtheit gehören und damit nicht (mehr) auskunftspflichtig sind (Übererfassung). Diese so genannten "unechten Antwortausfälle" werden aus der Stichprobe entfernt. Die Quote der "unechten Antwortausfälle" lag im Bundesdurchschnitt für 2017 bei rund 6% der Unternehmen im Beherbergungsgewerbe und bei 8% in der Gastronomie. Aufgrund vorliegender Erfahrungswerte werden deshalb mehr Unternehmen gezogen, damit nach Löschung der unechten Ausfälle aus dem Berichtskreis die Anzahl der Befragten möglichst nahe unterhalb der gesetzlichen Obergrenze von 5% der Unternehmen liegt.

◆◆ Verzerrungen durch Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten und Merkmale:

Zu den nicht-stichprobenbedingten Fehlern gehören auch die so genannten "echten" Antwortausfälle. Das sind alle Unternehmen, die nicht oder nicht rechtzeitig melden, obwohl sie zur Grundgesamtheit gehören. Antwortausfälle führen dann zu systematischen Fehlern, wenn die betreffenden Unternehmen sich erheblich von den Auskunftgebenden unterscheiden.

Für das Berichtsjahr 2017 lag die Bedeutung der "echten" Antwortausfälle gemessen an der Gesamtsumme des Umsatzes für das Beherbergungsgewerbe bei rund 5% und in der Gastronomie bei 8%. Die Angaben beziehen sich auf Unternehmen, für die als Ganzes keine Angaben vorlagen (Unit-non-response). Daneben gibt es auch den Fall, dass ein Unternehmen für einzelne Merkmale keine Angaben macht. Zur quantitativen Bedeutung dieses so genannten Item-nonresponse liegen keine Informationen vor.

4.4 Revisionen

4.4.1 Revisionsgrundsätze

Vorläufige Ergebnisse werden nur für die Merkmale Umsatz und Beschäftigte 10 Monate nach Abschluss des Berichtsjahres an Eurostat übermittelt. Grundlage ist das Ergebnis des Vorjahres, das mittels der Konjunkturstatistiken fortgeschrieben wird. Die Verpflichtung zur Erstellung vorläufiger Ergebnisse ergibt sich aus der EU-Strukturverordnung.

4.4.2 Revisionsverfahren

Grundlage für die Revision sind die Ergebnisse der Jahreserhebung.

4.4.3 Revisionsanalysen

Für das Berichtsjahr 2017 lag die relative durchschnittliche absolute Abweichung (auch RMAR - Relative Mean Absolute Revisions) bei 2% für den Umsatz und bei 2% für die Zahl der Beschäftigten.

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität

Erfahrungsgemäß entnehmen die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung aus ihren Jahresabschlüssen. Aus diesem Grund erfolgt die Jahreserhebung im Herbst des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres. Danach sind noch zeitaufwändige Rückfragen für Korrekturen erforderlich. Dies führt dazu, dass die Ergebnisse der Jahreserhebung in der Regel 19 Monate nach Ende des Berichtsjahres veröffentlicht werden.

5.2 Pünktlichkeit

Der geplante Veröffentlichungstermin für das Berichtsjahr 2017 wurde um 14 Tage unterschritten.

6 Vergleichbarkeit

6.1 Räumliche Vergleichbarkeit

Aufgrund der Vorgaben durch die Verordnungen der EU sind die Ergebnisse für den Bereich der Europäischen Union vergleichbar.

6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit

Die Gastgewerbestatistik unterliegt nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik. Auch werden die der Statistik zu Grunde liegenden Rechtsgrundlagen den erweiterten Ansprüchen der Datennutzer angepasst. Zuletzt wurde 2008 die Wirtschaftszweigklassifikation neugestaltet. Weiterhin wurde der Berichtskreis im Jahr 2003 erneuert und im Jahr 2006 und 2007 durch die Berücksichtigung von neu gegründeten Unternehmen aktualisiert. Diese Entwicklungen führen innerhalb der Jahreserhebung zu gewissen Einschränkungen in der Vergleichbarkeit der jeweiligen Ergebnisse im Zeitverlauf.

Seit der Jahreserhebung 2009 sind mehrere Verbesserungen enthalten:

1. Der Auswahlplan orientierte sich erstmals an der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Dies ermöglichte eine bessere Schichtung und präzisere Hochrechnung.

2. Die Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung wird aus dem Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS) erstellt. Die bei dieser Erstellung verwendeten Bedingungen wurden mit denen harmonisiert, die das URS für seine Auswertungen anwendet. Ziel war eine bessere Konsistenz zwischen den Ergebnissen der Jahrerhebung und den Daten des URS.

3. Die Jahrerhebung 2009 war die erste, bei der sich das neue Konzept der Stichprobenrotation auswirkte: Im Vergleich zur letzten Jahrerhebung wurden rund zwei Drittel der Stichprobe ausgetauscht. Der Austausch von Unternehmen der Repräsentativschichten diente der Entlastung der Unternehmen, die bereits seit mehr als sechs Jahren berichtspflichtig waren. Für das Berichtsjahr 2010 wurde ein weiteres Drittel der Stichprobe ausgetauscht, in den Folgejahren dann jeweils ein Sechstel.

4. Die Bildung des Berichtskreises berücksichtigte 2009 Neuzugänge aus zwei Berichtsjahren. Die Stichprobe nutzte damit die gesetzlich zulässige Höchstzahl deutlich besser aus als in den Vorjahren.

5. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder befragten die ausgewählten Unternehmen unmittelbar nach der Stichprobenziehung, so dass im Vergleich zu früher weniger Unternehmen zum Zeitpunkt der Befragung bereits erloschen waren. Mit dem Berichtsjahr 2010 nutzten die Statistischen Ämter erstmalig eine deutlich leistungsfähigere Software. Bei der Plausibilisierung der Daten werden nun z. B. die Richtlinien der Systematik NACE Rev. 2 zur Zuordnung der Unternehmen straffer eingehalten als im Vorjahr. Dadurch kommt es zum Teil zu erheblichen Verschiebungen der Werte innerhalb der NACE-Positionen.

Mit dem Berichtsjahr 2010 nutzten die Statistischen Ämter erstmalig eine deutlich leistungsfähigere Software. Bei der Plausibilisierung der Daten werden nun z. B. die Richtlinien der Systematik NACE Rev. 2 zur Zuordnung der Unternehmen wesentlich straffer eingehalten als im Vorjahr. Dies betrifft vor allem die Positionen ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Dadurch kommt es zum Teil zu erheblichen Verschiebungen der Werte innerhalb der NACE-Positionen.

Mit dem Berichtsjahr 2011 wurden erstmalig Unternehmen mit weniger als 18 000 Euro Jahresumsatz in die Stichprobe einbezogen, wenn sie mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten.

Zur Reduzierung dieser Abweichungen zwischen den Strukturstatistiken und den Ergebnissen der Unternehmensdemografie hinsichtlich der Zahl der Unternehmen wurden folgende methodische Verbesserungen ab dem Berichtsjahr 2014 gestartet:

1. Wenn im Kalenderjahr der Befragung ein Unternehmen postalisch nicht erreicht werden kann, ist es mit großer Wahrscheinlichkeit erloschen. Bislang gingen diese Stichproben-Unternehmen, die jeweils bis zu 60 andere Unternehmen repräsentieren können, nicht in die Ergebnisse ein. Ab dem Berichtsjahr 2014 wird geprüft, ob diese Unternehmen im Kalenderjahr 2014 noch existierten - z. B. anhand von Umsatzsteuervoranmeldungen. Stichproben-Unternehmen, die im Berichtsjahr 2014 existierten, wurden mit ihren jeweiligen Hochrechnungsfaktoren entsprechend ihrer Wirtschaftszweiguordnungen im Rahmen der Hochrechnung berücksichtigt.

2. Analog dazu wurden Stichproben-Unternehmen im Rahmen der Hochrechnung berücksichtigt, die im Berichtsjahr 2014 aktiv waren, aber deren Geschäftstätigkeit im Jahr der Befragung ruhte.

Mit dem Berichtsjahr 2015 wurde der Größenklassenplan geändert. Außerdem wurde die Berechnung der Bruttowertschöpfung mit denen anderer Strukturstatistiken harmonisiert. Aufwendungen für Leiharbeitnehmer wurden erstmalig abgezogen.

Mit dem Berichtsjahr 2016 beziehen sich die Angaben in der Auswahlgrundlage für die Stichprobe, dem statistischen Unternehmensregister (URS), erstmals auf das aktuelle Berichtsjahr. Davor waren die Angaben im URS im Vergleich zum Berichtsjahr stets veraltet, bezogen sich also z.B. für das Berichtsjahr 2015 auf das Jahr 2014. Die Strukturstatistik bildet erstmals die Neuzugänge eines Berichtsjahres ab.

Das BilRUG (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz) ist im Juli 2015 in Kraft getreten und ist erstmals für den Jahresabschluss 2016 anzuwenden.

Für die Unternehmensstatistiken von größter Bedeutung ist die Neudefinition der handelsrechtlichen Umsatzerlöse (§ 277 HGB). Es kommt zu einer deutlichen Ausweitung dieser - im Vergleich zur bisherigen Rechtslage - was die Vergleichbarkeit zu den Vorjahresergebnissen beeinträchtigen kann.

7 Kohärenz

7.1 Statistikübergreifende Kohärenz

Es gibt Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Jahrerhebung und der monatlichen Erhebungen im Handel hinsichtlich der Höhe des getätigten Umsatzes in einem Jahr und damit auch bezüglich dessen Veränderung zum Vorjahr. Gleiches gilt für die Zahl der Beschäftigten und deren Veränderung. Sie erklären sich unter anderem durch das in der Jahrerhebung angewandte Stichtagsprinzip. Die Jahrerhebung weist nur die Unternehmen nach, die am 31.12. des Berichtsjahres bestanden, des Weiteren wird die Zahl der Beschäftigten mit Stand 30.09. dargestellt. Zudem werden im Rahmen der Monatserhebung Abschneidegrenzen angewandt; bei der Jahrerhebung dagegen ist dies nicht der Fall. Die Aussagen der beiden Erhebungen beziehen sich somit auf unterschiedliche Grundgesamtheiten. Überdies basieren die Angaben der Unternehmen zur Jahrerhebung auf den Jahresabschlussrechnungen, wodurch es ebenfalls zu

Abweichungen zwischen der Summe der Monatsmeldungen und dem nachträglich erstellten Jahresabschlussergebnis kommen kann.

Mit jedem Wechsel des Berichtskreises werden die Ergebnisse der Konjunkturstatistiken im Gastgewerbe verkettet, um Sprünge in den Zeitreihen zu verhindern. Die Ergebnisse der Strukturstatistik dagegen werden nicht verkettet, da die Jahresehebung nicht für Zwecke der Konjunkturanalyse verwendet wird. Die aufgeführten Abweichungen haben keine Auswirkungen auf die Aussagekraft der jeweiligen Statistik, da die Monatsstatistiken im Gastgewerbe vorwiegend der Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Gastgewerbe anhand von Veränderungsraten und die Jahresehebung mehr der Beschreibung der Struktur der Unternehmen dient.

Die in der Jahresehebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen anderer Erhebungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- und die Beschäftigtenstatistik. Die Erhebungsziele der Umsatzsteuer- bzw. der Beschäftigtenstatistik weisen andere Schwerpunkte auf, und die genannten Statistiken werden unter anderen Rahmenbedingungen durchgeführt. Daraus lassen sich Differenzen zur Gastgewerbestatistik erklären.

Die bestehenden Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bezüglich der Angaben zur Zahl der Beschäftigten lassen sich durch unterschiedliche methodische Konzepte erklären: Die Gastgewerbestatistik erfasst alle tätigen Personen, die Beschäftigtenstatistik, die ihre Angaben von der Bundesagentur für Arbeit bezieht, dagegen nur die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Außerdem werden im Rahmen der Gastgewerbestatistik die Unternehmen nach dem Schwerpunktprinzip zugeordnet. Somit werden auch Beschäftigte, die in Unternehmensteilen arbeiten, die nicht unmittelbar zum Gastgewerbe gehören, in der Gastgewerbestatistik nachgewiesen. Die Beschäftigtenstatistik hat als Erhebungseinheit dagegen Betriebe (also Unternehmensteile).

7.2 Statistikinterne Kohärenz

Die Jahresehebung im Gastgewerbe ist intern kohärent.

7.3 Input für andere Statistiken

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder verwenden die Ergebnisse der Jahresehebung im Gastgewerbe.

Weiterhin werden die Ergebnisse der Gastgewerbestatistik in das statistische Unternehmensregister eingepflegt.

8 Verbreitung und Kommunikation

8.1 Verbreitungswege

Pressemitteilungen

Pressemitteilung: keine

Veröffentlichungen

Weitere Informationen zur Gastgewerbestatistik, wie beispielsweise zur Online-Datenerhebung, zu wichtigen Begriffen der Gastgewerbestatistik, können abgerufen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Gastgewerbe-Tourismus/_inhalt.html

Online-Datenbank

Online-Datenbank: Über das Datenbanksystem GENESIS-Online (<https://www.genesis.destatis.de/genesis/online>) (... zu den Themen) Code 45 > 453 > 45342 > Tabellen können ausführliche Ergebnisse der Jahresehebung im Gastgewerbe in unterschiedlichen Dateiformaten (.xls, .html und .csv) direkt und kostenlos geladen werden.

Zugang zu Mikrodaten

-

Sonstige Verbreitungswege

Länderergebnisse können über die Homepage der jeweiligen Statistischen Ämter der Länder abgerufen werden. Diese erreichen Sie z. B. über die Homepage des Statistischen Bundesamtes (https://www.destatis.de/DE/Service/StatistischesAdressbuch/_inhalt.html). Außerdem publiziert Eurostat Ergebnisse der Jahresehebung (<https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>) gegliedert nach Mitgliedstaaten.

8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik

Informationen zur Stichprobenrotation: Wein/Dr. Lorentz: Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken in Wirtschaft und Statistik, Heft 11/2010, Seite 979 -989.

8.3 Richtlinien der Verbreitung

Veröffentlichungskalender

Der Veröffentlichungstermin für die Jahresehebung ist nicht im Veröffentlichungskalender enthalten.

Zugriff auf den Veröffentlichungskalender

./.

Zugangsmöglichkeiten der Nutzer/-innen

./.

9 Sonstige fachstatistische Hinweise

-

Bitte aktualisieren Sie Ihre Anschrift, falls erforderlich.

Name und Anschrift

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.

Kennnummer

A Zahl der Arbeitsstätten am 31.12.2017

1	Zahl der Arbeitsstätten (Hauptniederlassung und weitere rechtlich unselbstständige örtliche Einheiten des Unternehmens)	2	041	Anzahl	_____
---	---	----------	-----	--------	-------

B Zahl der tätigen Personen am 30.09.2017

1	Tätige Personen insgesamt (einschließlich mitarbeitende Inhaberinnen/Inhaber und der Beschäftigten mit 450-Euro-Jobs, ohne Leiharbeiterinnen/ Leiharbeiter)	3	044	_____
---	--	----------	-----	-------

darunter:

Zahl der Teilzeitbeschäftigten (Zahl der tätigen Personen mit reduzierter Wochenarbeitszeit) ...	4	045	_____
---	----------	-----	-------

2 Tätige Personen insgesamt nach Stellung im Beruf

2.1 Inhaberinnen/Inhaber	5	049	_____
--------------------------------	----------	-----	-------

2.2 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (einschließlich angestellter tätiger Familienangehöriger)	6	050	_____
---	----------	-----	-------

2.3 Sonstige (z. B. unentgeltlich mithelfende Familienangehörige)	7	051	_____
--	----------	-----	-------

3 Tätige weibliche Personen		054	_____
-----------------------------------	--	-----	-------

C Bestände im Geschäftsjahr 2017

(ohne absetzbare Umsatzsteuer) **8**

Volle Euro

1 Am Anfang des Geschäftsjahres		059	_____
--	--	-----	-------

2 Am Ende des Geschäftsjahres		060	_____
--	--	-----	-------

D Aufwendungen im Geschäftsjahr 2017

(ohne absetzbare Umsatzsteuer)

Volle Euro

- 1 Bezüge von gebrauchsfertigen Rohstoffen, z. B. Fleisch, Bratfett, Strom **9** 064 _____
- 2 Bezüge von Handelswaren **10** 063 _____
 - Handelswaren werden eingekauft und ohne wesentliche Be- oder Verarbeitung verkauft.
- 3 Entgelte (Löhne und Gehälter) **11** 065 _____
- 4 Gesetzliche und übrige Sozialaufwendungen der Arbeitgeber **12** 067 _____
- 5 Betriebliche Steuern und öffentliche Abgaben **13** 069 _____
- 6 Sonstige betriebliche Aufwendungen und bezogene Dienstleistungen (alle übrigen zuvor nicht genannten Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen, Waren und Material, die im Rahmen der betrieblichen Wertschöpfung in der Erhebungseinheit verbraucht werden)
Summe 6.1 bis 6.3 (wird automatisch ermittelt) **14** 070 _____
davon:
 - 6.1 Aufwendungen für Leiharbeiterinnen/Leiharbeiter (durch Dritte zur Verfügung gestelltes Personal) **15** 066 _____
 - 6.2 Mieten und Pachten einschließlich Kosten für Operate Leasing **16** 068 _____
 - 6.3 Sonstige betriebliche Aufwendungen, vorstehend nicht genannt _____

Bei einem vergleichsweise hohen Betrag in Position D6 geben Sie bitte an, um welche Aufwendungen es sich überwiegend handelt:

E Bruttoinvestitionen in Sachanlagen im Geschäftsjahr 2017 **17** 078 _____

F Umsatz und sonstige betriebliche Erträge im Geschäftsjahr 2017

- 1 Gesamtumsatz des Unternehmens ohne Umsatzsteuer **18** 083 _____

2 Onlinehandel/E-Commerce

• Ihr Unternehmen betreibt E-Commerce, wenn es rechtsverbindliche Verkäufe über Websites, Apps oder automatisierten Datenaustausch (EDI **19**) tätigt. Mit einzubeziehen sind Bestellungen bzw. Reservierungen über eigenes Internetangebot, Hotelreservierungs- oder Lieferserviceportale. Ausgenommen sind Bestellungen über manuell erstellte E-Mails.

- 2.1 Erhielt Ihr Unternehmen Bestellungen für Waren oder Dienstleistungen über eine Website, App oder EDI?

Ja Nein
 ►

Falls „Nein“, weiter mit Frage 3.

- 2.2 Wie viel Prozent des Gesamtumsatzes Ihres Unternehmens resultiert aus Bestellungen oder Buchungen über eine Website oder App?

• Falls keine exakte Angabe möglich ist, genügt auch eine sorgfältige Schätzung. Liegt der Anteil unter 1 % bitte auf 1 aufrunden.

Volle Prozent

- Prozentualen Anteil bitte ohne Umsatzsteuer angeben.* 097 _____

noch: F Umsatz und sonstige betriebliche Erträge im
 Geschäftsjahr 2017

3 Umsatz nach Art der Tätigkeiten
Bitte prozentualen Anteil am Gesamtumsatz angeben.

3.1 Gastgewerbe **20** Volle Prozent

3.1.1 Beherbergung **21** 090

3.1.2 Gaststättenleistungen

 Bewirtungsleistung Getränke **22** 091

 Bewirtungsleistung Speisen **22** 092

3.1.3 Kantinen- und Cateringleistungen **23** 093

3.2 Handel **24** 094

3.3 Sonstige Dienstleistungen (z. B. Saalvermietung) **25** 095

3.4 Herstellung, Verarbeitung
 (z. B. eigene Metzgerei, Bäckerei) **26** 096


Summe F3.1 bis F3.4 1 0 0

Volle Euro

4 Sonstige betriebliche Erträge im Geschäftsjahr
 (aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften) **27** 099

G Subventionen im Geschäftsjahr 2017 **28** 102

H Tätige Personen, Entgelte (Löhne und Gehälter) und Bruttoinvestitionen nach Ländern

Hat Ihr Unternehmen Arbeitsstätten in mehreren Bundesländern? Ja Nein  Falls „Nein“, Ende der Befragung.

Falls ja, teilen Sie bitte die Angaben aus den Positionen B1 (Anzahl der tätigen Personen), D3 (Entgelte) und E (Bruttoinvestitionen) nach Bundesländern auf.

Bundesland	Anzahl der tätigen Personen (Stand: 30.09.2017)	Entgelte		Bruttoinvestitionen	
		Volle Euro		Volle Euro	
Summe für das Bundesgebiet (freiwillig)	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Baden-Württemberg	110 <input type="text"/>	126 <input type="text"/>	<input type="text"/>	142 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Bayern	111 <input type="text"/>	127 <input type="text"/>	<input type="text"/>	143 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Berlin	113 <input type="text"/>	129 <input type="text"/>	<input type="text"/>	145 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Brandenburg	114 <input type="text"/>	130 <input type="text"/>	<input type="text"/>	146 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Bremen	106 <input type="text"/>	122 <input type="text"/>	<input type="text"/>	138 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Hamburg	104 <input type="text"/>	120 <input type="text"/>	<input type="text"/>	136 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Hessen	108 <input type="text"/>	124 <input type="text"/>	<input type="text"/>	140 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Mecklenburg-Vorpommern	115 <input type="text"/>	131 <input type="text"/>	<input type="text"/>	147 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Niedersachsen	105 <input type="text"/>	121 <input type="text"/>	<input type="text"/>	137 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Nordrhein-Westfalen	107 <input type="text"/>	123 <input type="text"/>	<input type="text"/>	139 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Rheinland-Pfalz	109 <input type="text"/>	125 <input type="text"/>	<input type="text"/>	141 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Saarland	112 <input type="text"/>	128 <input type="text"/>	<input type="text"/>	144 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Sachsen	116 <input type="text"/>	132 <input type="text"/>	<input type="text"/>	148 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Sachsen-Anhalt	117 <input type="text"/>	133 <input type="text"/>	<input type="text"/>	149 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Schleswig-Holstein	103 <input type="text"/>	119 <input type="text"/>	<input type="text"/>	135 <input type="text"/>	<input type="text"/>
Thüringen	118 <input type="text"/>	134 <input type="text"/>	<input type="text"/>	150 <input type="text"/>	<input type="text"/>

Gastgewerbestatistik Jahrerhebung

Geschäftsjahr 2017

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)²

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Ergebnisse der Gastgewerbestatistik werden als Entscheidungshilfen für konjunktur- und strukturpolitische Zwecke nicht nur von der EU-Kommission, der Bundesregierung und den Landesregierungen, sondern auch von der Wirtschaft selbst und ihren Verbänden benötigt. Die Erhebung wird jährlich als Stichprobe bei höchstens 5 Prozent der Unternehmen des Gastgewerbes durchgeführt.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Handelsstatistikgesetz (HdlStatG) in Verbindung mit dem BStatG.

Erhoben werden die Angaben zu § 6 Absatz 2 Nummer 2 HdlStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 8 Absatz 1 Satz 1 HdlStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 8 Absatz 1 Satz 2 HdlStatG sind die Inhaberinnen/Inhaber oder Leiterinnen/Leiter der Unternehmen auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Pflicht, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Nach § 8 Absatz 3 HdlStatG besteht für Unternehmen, deren Inhaberinnen/Inhaber Existenzgründerinnen/Existenzgründer sind, im Kalenderjahr der Betriebseröffnung keine Auskunftspflicht. In den beiden folgenden Kalenderjahren besteht dann keine Auskunftspflicht, wenn das Unternehmen im jeweils letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsätze in Höhe von weniger als 800000 Euro erwirtschaftet hat. Gesellschaften können sich auf die Befreiung von der Auskunftspflicht berufen, wenn alle an der Gesellschaft Beteiligten Existenzgründerinnen/Existenzgründer sind. Existenzgründerinnen/Existenzgründer sind natürliche Personen, die eine gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit in Form einer Neugründung, einer Übernahme oder einer tätigen Beteiligung aus abhängiger Beschäftigung oder aus der Nichtbeschäftigung heraus aufnehmen, § 8 Absatz 4 HdlStatG. Existenzgründerinnen/Existenzgründer, die von ihrem Recht, keine Auskunft zu erteilen, Gebrauch machen wollen, haben das Vorliegen der genannten Voraussetzungen nachzuweisen. Es steht ihnen jedoch frei, die Auskünfte zu erteilen.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft mit einem Zwangsgeld angehalten werden.

Nach § 23 BStatG handelt insoweit ordnungswidrig, wer

- vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 BStatG eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß erteilt,
- entgegen § 15 Absatz 3 BStatG eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
- entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 BStatG ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

² Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereit gestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z. B. die Statistischen Ämter der Länder, die Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union [Eurostat]),
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder).

Nach § 9 HdlStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben

1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Nach § 47 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen werden der Monopolkommission für die Begutachtung der Entwicklung der Unternehmenskonzentration zusammengefasste Einzelangaben über die Vorhundertanteile der größten Unternehmensgruppen, Unternehmen, Betriebe oder fachlichen Teile von Unternehmen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs übermittelt.

Hierbei dürfen die zusammengefassten Einzelangaben nicht weniger als drei Einheiten betreffen und keine Rückschlüsse auf zusammengefasste Angaben von weniger als drei Einheiten ermöglichen.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Einzelangaben erhalten.

Hilfsmerkmale, Kennnummer, Löschung, Statistikregister

Name und Anschrift des Unternehmens, Name und Telefonnummer oder E-Mailadresse der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Name und Anschrift des Unternehmens sowie die Kennnummer werden zusammen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen „tätige Personen“ und „Umsatz“ im Unternehmensregister für statistische Zwecke (Statistikregister) gespeichert (§ 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Statistikregistergesetz). Die verwendete Kennnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Kennnummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden, deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter

<https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.

Erläuterungen zum Fragebogen

1 Erhebungseinheit

Erhebungseinheit ist das Unternehmen. Als Unternehmen im statistischen Sinne gilt die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes bzw. des Erfolgs ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit machen muss. Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit sind gleichfalls Unternehmen.

Alle Angaben sind für die gesamte Erhebungseinheit, einschließlich aller unselbstständigen Niederlassungen, z. B. Verkaufsfilialen und zum Unternehmen gehörende Hilfs- und Nebenbetriebe (Verwaltung, Lager, Produktion usw.) in Deutschland, anzugeben.

Nicht zur Erhebungseinheit zählen Niederlassungen im Ausland und von rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften. Bei **Konzernunternehmen** oder Mitgliedern einer **umsatzsteuerlichen Organschaft** ist die Erhebungseinheit nur für die Angaben zu ihrer eigenen Erhebungseinheit berichtspflichtig. Es sind **keine** Angaben für den Gesamtkonzern oder die gesamte umsatzsteuerliche Organschaft durch den Organträger zu machen.

Schätzungen

Sollte es Ihnen nicht möglich sein, zu einzelnen Merkmalen genaue Angaben zu machen, ist es ausnahmsweise zulässig, sorgfältig geschätzte Werte einzutragen.

2 Arbeitsstätten/Niederlassungen

Niederlassungen sind an einem räumlich festgelegten Ort gelegene Teile einer Erhebungseinheit, einschließlich der Hauptniederlassung, in denen eine oder mehrere Personen derselben Erhebungseinheit oder Leiharbeiternehmerinnen bzw. Leiharbeitnehmer arbeiten (z. B. Filiale, Geschäftsstelle, Depot, Büro, Werkstatt, Werk, Lagerhaus). Vorübergehend bei Auftraggebern eingerichtete Arbeitsplätze zählen nicht als Niederlassung.

3 Tätige Personen insgesamt

Zu den tätigen Personen insgesamt zählen alle voll- und teilzeitbeschäftigten sowie geringfügig beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betreffenden Erhebungseinheit mit Stand vom 30. September des Berichtsjahres.

Hierzu gehören

- tätige Inhaberinnen und Inhaber,
- unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie
- Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (abhängig Beschäftigte).

Nicht zu „Tätige Personen“ zählen

- ein Jahr und länger abwesende Personen,
- freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- ehrenamtlich tätige Personen,
- Arbeitskräfte, die von einem anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (Leiharbeiternehmerinnen und Leiharbeitnehmer) oder im Auftrag anderer Unternehmen tätig waren,
- Aufsichtsratsmitglieder sowie
- Kapitalgeber.

Geringfügig Beschäftigte

Eine geringfügige Beschäftigung (auch als Aushilfe oder in Minijobs) liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt (geringfügig entlohnte Beschäftigung) oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage begrenzt ist (kurzfristige Beschäftigung).

4 Teilzeitbeschäftigte

Eine Teilzeitbeschäftigung lag dann vor, wenn die regelmäßige Wochenarbeitszeit kürzer war als bei einer in der Erhebungseinheit üblichen bzw. tariflichen Vollzeitbeschäftigung. Der Umfang der Reduzierung ist dabei unerheblich (z. B. Altersteilzeit, Halbtagsbeschäftigung, Beschäftigung an zwei oder drei Tagen in der Woche usw.). Geringfügig Beschäftigte zählen als Teilzeitkräfte.

Nicht zu „Teilzeitbeschäftigte“ zählen

- Beschäftigte in Kurzarbeit,
- Vollzeitbeschäftigte sowie
- Auszubildende.

5 Tätige Inhaberinnen und Inhaber

Der Begriff umfasst die Anzahl der tätigen Inhaberinnen und Inhaber, ebenso der tätigen Gesellschafterinnen und Gesellschafter sowie anderer leitender Personen, die mit Stand vom 30. September des Berichtsjahres in der Erhebungseinheit tätig waren und **kein** Entgelt in Form von Lohn oder Gehalt bezogen.

Nicht zu „Tätige Inhaberinnen und Inhaber“ gehören

- leitende Personen, die von der befragten Erhebungseinheit eine Vergütung – wie auch immer geartet – erhielten. Sie sind unter dem Punkt „Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (abhängig Beschäftigte)“ anzugeben.

6 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer sind alle Voll- und Teilzeitbeschäftigten, die am 30. September des Berichtsjahres in einem Arbeitsverhältnis standen und auf der Grundlage eines Arbeits- bzw. vergleichbaren Dienstvertrages mit der Erhebungseinheit ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Gratifikation, Provision, Ausbildungsleistungen oder Sachbezügen/-leistungen erhielten. Dazu gehören auch

- geringfügig Beschäftigte, Aushilfen, Mini-Jobberinnen und Mini-Jobber,
- Beamtinnen und Beamte,
- unselbstständige Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter,
- angestellte Außendienstmitarbeiterinnen und Außendienstmitarbeiter,
- Lieferpersonal,
- Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre,
- Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter,
- Direktorinnen und Direktoren,
- Vorstandsmitglieder und andere leitende Personen (z. B. geschäftsführende Gesellschafterinnen und Gesellschafter von Kapitalgesellschaften), soweit sie von der befragten Erhebungseinheit eine Vergütung erhalten haben, die steuerlich als Einkünfte aus nicht-selbstständiger Arbeit angesehen wird,
- Streikende und
- sonstige weniger als ein Jahr Abwesende.

Nicht zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehören

- tätige Inhaberinnen und Inhaber, einschließlich Gesellschafterinnen und Gesellschafter sowie andere leitende Personen, die **kein** Entgelt in Form von Lohn oder Gehalt bezogen,
- Arbeitskräfte, die von einem anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter) oder im Auftrag anderer Unternehmen tätig waren,
- unbezahlt mithelfende Familienangehörige,
- ein Jahr und länger Abwesende,
- freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ehrenamtlich Tätige.

7 Unentgeltlich mithelfende Familienangehörige

Als unentgeltlich mithelfende Familienangehörige gelten alle Personen, die mit Stand vom 30. September des Berichtsjahres im Haushalt des Eigentümers der Erhebungseinheit lebten und ohne Arbeitsvertrag und feste Vergütung für die Erhebungseinheit arbeiteten.

Nicht zu „Unentgeltlich mithelfende Familienangehörige“ zählen

- hauptberuflich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis (Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer) mit einer anderen Einrichtung oder einem anderen Unternehmen stehende Personen.

8 Warenbestände

Warenbestände sind Vorräte an Waren und Material (auch Zutaten), die – verarbeitet oder nicht – zum Absatz (Ausschank, Verzehr) im Gastgewerbebetrieb oder zum Verkauf in einem angegliederten gewerblichen Nebenbetrieb (z. B. Lebensmittelgeschäft, Weinhandlung, Bäckerei) bestimmt sind. Hierzu rechnen auch die zur Verwendung im eigenen Betrieb bestimmten Vorräte an Rohstoffen (Vorerzeugnisse, die vom Unternehmen weiterbe- oder -verarbeitet werden), Hilfs- und Betriebsstoffen (z. B. Wäsche, Brennstoffe, Reinigungsmittel). Die Vorräte werden mit den Anschaffungskosten (bei selbst hergestellten Waren mit den Herstellungskosten) ohne absetzbare Umsatzsteuer bewertet.

9 Rohstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe

Rohstoffe sind Vorerzeugnisse, die vom Unternehmen weiterbe- oder -verarbeitet werden. Hilfs- und Betriebsstoffe sind z. B. Wäsche, Brennstoffe, Strom, Wasser, Gas und Reinigungsmittel.

10 Handelswaren

Handelswaren sind Waren, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d. h. nicht mehr als handelsübliche Be- oder Verarbeitung, weiter veräußert werden.

Beispiele für Handelswaren, die von Unternehmen des Gastgewerbes verkauft werden und dementsprechend in Position D2 des Fragebogens anzugeben sind:

- Zeitungen, Zeitschriften, Reiseartikel und Tabakwaren, die in einem hoteleigenen Kiosk verkauft werden.
- Waren, die in einer örtlichen Einheit des Unternehmens, die keine gastgewerblichen Leistungen anbietet, verkauft werden (z. B. Weinhandlungen).
- Andenken und regionaltypische Erzeugnisse, die in einem Restaurant verkauft werden.

Der Umsatz aus dem Verkauf dieser Handelswaren ist als „Umsatz aus Handel“ dementsprechend auch unter Position F3.2 zu berücksichtigen.

Nicht hierzu gehören solche Waren, die im Rahmen von gastgewerblichen Leistungen verkauft werden, z. B.

- Speisen und Getränke in Restaurants, Cafes u. Ä.,
- Speisen und Getränke für das Frühstück in Hotels, Gasthöfen und Pensionen und
- Speisen und Getränke, die von Caterern geliefert und in Kantinen ausgegeben werden.

Diese Waren sind „gebrauchsfertige Rohstoffe“ und dementsprechend unter Position D1 des Fragebogens anzugeben.

11 Entgelte (Löhne und Gehälter)

Entgelte sind alle Geld- und Sachleistungen, die an die in der Bruttolohn- und Gehaltsliste erfassten Beschäftigten für die im Berichtszeitraum erbrachte Arbeit gezahlt werden, unabhängig davon, ob es sich um Stunden-, Stück- oder Akkordlohn, regelmäßige oder unregelmäßige Zahlungen handelt. Hierzu gehören auch Sondervergütungen, Prämien, Gratifikationen, Abfindungen, Zulagen und Provisionen sowie alle Steuern und Sozialbeiträge (Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) die vom Arbeitnehmer zu entrichten sind und vom Arbeitgeber einbehalten werden.

Nicht zu den Entgelten gehören die vom Arbeitgeber zu entrichtenden Sozialbeiträge sowie die Aufwendungen für Leiharbeiterinnen/Leiharbeiter.

12 Sozialaufwendungen

Die Sozialaufwendungen umfassen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, unabhängig davon, ob es sich um gesetzliche, tariflich vereinbarte, vertraglich geregelte oder freiwillige Leistungen handelt. Hierzu gehören auch Zahlungen an Pensionsfonds und Pensionsrückstellungen.

13 Betriebliche Steuern und Abgaben

Zu den betrieblichen Steuern und Abgaben gehören insbesondere

- Gewerbesteuer,
- Verkehrssteuern (z. B. Kraftfahrzeugsteuer, Versicherungssteuer),
- Vergnügungsteuer,
- Grundsteuer und
- Verbrauchsteuern (z. B. Getränke-, Tabak-, Mineralölsteuer), sofern sie auf selbst hergestellte Waren erhoben werden.

Nicht hierzu gehören

- Umsatzsteuer,
- Einkommensteuer und
- Körperschaftsteuer.

14 Sonstige betriebliche Aufwendungen und bezogene Dienstleistungen

Alle übrigen zuvor nicht genannten Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen, Waren und Material, die im Rahmen der betrieblichen Wertschöpfung in der Erhebungseinheit verbraucht werden.

Dies sind z. B.

- IT-Leistungen durch Rechenzentren,
- Lohnveredlung,
- Honorare für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Provisionen,
- Beratungsentgelte,
- Postgebühren,
- Porto, Büromaterial, Telefon, Versicherungsbeiträge,
- Aufwendungen für Steuerberatung, Buchführung und Rechtsberatung,
- Reisespesen sowie damit verbundene Verpflegungsmehraufwendung,
- Kfz-Kosten (ohne Kfz-Steuer) und Mautgebühren,
- Aufwendungen für die Nutzung von immateriellen Vermögensgegenständen gegen laufende oder Einmalzahlung.

Nicht einzubeziehen sind

- bezogene Dienstleistungen und sonstige betriebliche Aufwendungen von Niederlassungen mit Sitz im Ausland,
- betriebliche Steuern und öffentliche Abgaben,
- Abschreibungen,
- außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen,
- Zins und ähnliche Aufwendungen (z. B. Kursverluste, Spenden, Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens),
- Beiträge der Inhaberin bzw. des Inhabers zur Lebens-, Alters-, Krankenversicherung und dgl. für sich und ihre bzw. seine Familie,
- Verluste durch Verschmelzung und Umwandlung,
- Verluste durch außergewöhnliche Schadensfälle,
- Aufwendungen für Restrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen,
- Verluste durch die Veräußerung oder der Aufgabe von Geschäftsaktivitäten,
- geleistete Geld- und Sachgeschenke,
- Geldentnahmen sowie
- sonstige Aufwendungen, die nicht im Zusammenhang mit der betrieblichen Wertschöpfung stehen.

15 Aufwendungen für Leiharbeiterinnen/ Leiharbeiternehmer

Hierzu zählen nur die Aufwendungen für Arbeitskräfte, die von Arbeitsvermittlungsagenturen und ähnlichen Einrichtungen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen wurden.

16 Mieten und Pachten – Operate Leasing

Zu Mieten und Pachten zählen: Miete für betrieblich genutzte Bauten, Betriebs- und Geschäftsräume (einschließlich Lagerräume, Garagen, ohne betriebsfremd genutzte Räume) sowie Grundstückspachten.

Beim Operate Leasing erwirbt der Leasingnehmer ein kurzfristiges, jederzeit kündbares Nutzungsrecht am Leasingobjekt. Der größte Teil des Investitionsrisikos und die Aufwendungen für Versicherungen, Wartung und Reparaturen werden vom Leasinggeber getragen. Anzugeben sind die im Leasingvertrag vereinbarten jährlichen Mietzahlungen.

17 Bruttoinvestitionen

Zu den Bruttoinvestitionen in Sachanlagen gehören alle neuen und gebrauchten Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge, Grundstücke, neue und bestehende Gebäude, Umbau und Erweiterung von Gebäuden, die im Berichtszeitraum von Dritten gekauft oder selbst erstellt wurden. Die erworbenen Güter sind zum Kaufpreis (einschließlich Transportkosten und Installationskosten sowie den mit der Eigentumsübertragung verbundenen Kosten) zu bewerten, die selbst hergestellten Güter zu den Herstellungskosten. Anzugeben sind auch Aufwendungen für Erweiterung, Umbauten, Modernisierung und Erneuerung. Zu den Investitionen gehören auch Anzahlungen für im Bau befindliche Anlagen und Bauten. Zu den Bruttoinvestitionen in Grundstücke gehört auch die zugehörige Grunderwerbsteuer.

Nicht hierzu gehören laufende Instandhaltungskosten; sie sind unter Position D6 anzugeben.

Zu den Bruttoinvestitionen gehören ebenfalls nicht Zugänge aus Verschmelzung.

18 Umsatz

Die von der Erhebungseinheit innerhalb des Berichtsjahres in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer) insbesondere aus der Beherbergung, aus Gaststätten-, Kantinen- und Cateringleistungen, unabhängig vom Zahlungseingang und der Steuerpflicht. Für Einnahmen-Überschussrechner ist abweichend hiervon der Zahlungseingang im Berichtsjahr maßgeblich.

Hierzu zählen auch

- Verkäufe an Betriebsangehörige, unentgeltliche Wertabgaben (einschließlich privater Sach- und Nutzungsentnahmen),
- Getränke-, Sekt- und Vergnügungssteuer,
- gesondert in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto, Verpackung sowie Nebenerlöse usw.,
- Erlöse aus Trink- und Imbisshallen,
- Verkaufserlöse aus gewerblichen Nebenbetrieben,
- Umsätze aus sonstigen Dienstleistungen,
- Handelsumsätze und
- Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften sowie in Rechnung gestellte Nebenkosten, wie z. B. Spesen, Reise-, Fracht-, Porto- oder Verpackungskosten und der umsatzsteuerfreie Umsatz.
- die Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Leasing betrieblicher Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen sowie
- Erträge aus Lizenzen und Patenten.

Vorab abzuziehen sind

- Preisnachlässe, wie Rabatte, Boni und Skonti, sowie
- sonstige Erlösschmälerungen (z. B. Rückvergütungen).

Gehört die Erhebungseinheit einem **Konzern oder einer umsatzsteuerlichen Organschaft** an, sind die Binnenumsätze zwischen Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen einzubeziehen, ebenso die Vergütung der Muttergesellschaft für die unternehmerische Führung der Tochtergesellschaften (strategische Steuerung und Konzernkoordination). Komplementärgesellschaften geben neben der Führungs- auch die Haftungsvergütung als Umsatz an.

Nicht einzubeziehen sind

- Umsätze von Niederlassungen mit Sitz im Ausland,
- durchlaufende Posten (die im Namen und für Rechnung eines Dritten vereinnahmt wurden), Kurtaxe, Fremdenverkehrsabgabe o. ä.,
- Subventionen,
- Zins- und ähnliche Erträge (z. B. Kursgewinne, Dividenden, Erträge aus Beteiligungen, aus Gewinn- und Teilgewinnabführungsverträgen),
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, aus Wertberichtigungen und Umbewertungen oder aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens,
- Versicherungsleistungen im Schadenfall, Steuer- und Beitragserstattungen sowie
- sonstige Erträge, denen kein Leistungsaustausch zugrunde liegt.

19 EDI

Electronic Data Interchange (EDI) bezeichnet den elektronischen Austausch strukturierter Daten zwischen Computersystemen verschiedener Geschäftspartner in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format (z. B. XML, EDIFACT, OFTP, RosettaNet). Die Kommunikation erfolgt dabei via Datenfernübertragung (Standleitungen) und in der Regel ohne jegliche manuelle Eingriffe.

20 Gastgewerbe

Der Umsatz aus Gastgewerbe umfasst Umsätze aus Beherbergung, aus Bewirtungs-, Kantinen- und Cateringleistungen.

Nicht hierzu gehören:

- Erlöse von Trink- und Imbisshallen aus dem Verkauf von z. B.
 - Süßwaren
 - Zeitungen
 - Tabakwaren
 - Andenken
- Verkaufserlöse aus gewerblichen Nebenbetrieben
- Umsätze aus sonstigen Dienstleistungstätigkeiten, z. B.
 - Saalvermietung
 - Eintrittsgelder
 - Reiseveranstaltungen
 - Wäschereinigung
 - Provisionen aus Spielautomaten

Beispiele:

- Die Umsätze aus einem Lebensmittelgeschäft sind in Position F3.2 des Fragebogens anzugeben.
- Die Umsätze aus einer Weingroßhandlung sind in Position F3.2 des Fragebogens anzugeben.
- Die Umsätze aus Herstellung von Backwaren, aus Schlachtungen und Fleischverarbeitung, aus einer Brennerei sind in Position F3.4 des Fragebogens anzugeben.
- Die Umsätze aus Bügeldienst, aus Bädern, aus Garagenvermietung, Provisionen aus Musikautomaten sind in Position F3.3 des Fragebogens anzugeben.

21 Beherbergung

Beherbergung betreibt, wer gegen Entgelt Personen vorübergehend Unterkunft gewährt, auch wenn das Betreiben der Beherbergungsstätte nicht der Erlaubnispflicht nach §2 des Gaststättengesetzes unterliegt. Hierzu gehören die Vermietung von Zelt- und Wohnwagenplätzen und die Vermietung von Ferienhäusern und Ferienwohnungen.

Nicht zur Beherbergungsleistung gehören dagegen Verpflegungsleistungen (z. B. Frühstück).

Diese sind den Gaststättenleistungen (Position F3.1.2 des Fragebogens) zuzurechnen.

22 Bewirtungsleistungen

Zu den Bewirtungsleistungen gehören alle Verkäufe von Mahlzeiten, Lebensmitteln, Getränken und Genussmitteln einschließlich Bedienungsgeld, Sekt- und Getränkesteuer.

Zum Umsatz aus Bewirtungsleistungen gehören auch der Verkauf über die Straße und an Betriebsangehörige sowie der Eigenverbrauch.

Angaben bitte nach Speisen und Getränken differenzieren.

23 Kantine; Caterer

Eine Kantine ist eine Verpflegungseinrichtung, die Speisen und Getränke – in der Regel zu ermäßigten Preisen – an bestimmte Personengruppen vor Ort abgibt (z. B. Betriebskantine, Mensa).

Caterer sind Unternehmen, die in einer Produktionsstätte zubereitete verzehrfertige Speisen und Getränke an bestimmte Einrichtungen (z. B. Fluggesellschaften) oder Personengruppen und für bestimmte Anlässe (z. B. Feiern) liefern.

24 Handel

Handel betreibt, wer Handelsware in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel; bitte hier den Wert der kommissionierten Ware mitangeben) absetzt oder wer den An- und Verkauf von Handelsware in fremdem Namen und für fremde Rechnung vermittelt (Handelsvermittlung). Handelswaren sind Waren, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d. h. nicht mehr als handelsübliche Be- oder Verarbeitung, weiterveräußert werden. Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Form (Einzelhandel, Großhandel, Handelsvermittlung, stationärer Handel, Versandhandel, Markt- und Straßenhandel, Automaten- oder Haustürverkauf) die Handelsware abgesetzt wird. Der Verkauf von Lebensmitteln, Getränken und Genussmitteln in gastgewerblichen Betrieben (z. B. in Speisewirtschaften, Cafés, Eisdielen) gehört zum **Umsatz aus Gaststättengewerbe** (Position F3.1.2 des Fragebogens).

25 Sonstige Dienstleistungen

Zu den Umsätzen aus sonstigen Dienstleistungstätigkeiten gehören z. B. die Umsätze aus Reiseveranstaltung, aus Wäschereinigung, aus Büglerei, aus Bädern, aus Garagenvermietung, Provisionen aus Musik- und Spielautomaten, Eintrittsgeld, Einnahmen aus Saal- und Konferenzraumvermietung und dergleichen.

26 Herstellung/Verarbeitung

Der Erlös aus dem Verkauf von Eigenerzeugnissen, z. B. Herstellung von Wurstwaren in einer angegliederten Metzgerei, gehört zum **Umsatz aus Herstellung, Verarbeitung** (Position F3.4 des Fragebogens).

27 Sonstige betriebliche Erträge

Zu den sonstigen betrieblichen Erträgen gehören insbesondere

- Erträge durch Verschmelzung und Umwandlung,
- Erträge durch den Verkauf von bedeutenden Beteiligungen,
- Verkauf von Vermögensgegenständen aus dem Anlagevermögen, z. B. Erträge durch den Verkauf von bedeutenden Grundstücken,
- Gewinn aus der Veräußerung oder der Aufgabe von Geschäftsaktivitäten.

28 Subventionen

Zu den Subventionen gehören sowohl die direkt mit dem Umsatz zusammenhängenden Subventionen (z. B. Ausführerstattungen beim Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Nicht-EU-Staaten), als auch sonstige, mit der Geschäftstätigkeit zusammenhängende Subventionen (z. B. für betriebliche Maßnahmen im Umweltschutz). Hierzu gehören auch von den Agenturen für Arbeit gezahlte Zuschüsse zu den Personalkosten.

29 Zuordnung der tätigen Personen

Die Zuordnung der tätigen Personen (Stand 30.09.2017) und der Entgelte (für das volle Geschäftsjahr) zu Bundesländern erfolgt entsprechend den Arbeitsstätten, in denen die Beschäftigten tätig sind. Sind tätige Personen nicht an einer bestimmten Arbeitsstätte tätig (z. B. Vertreterinnen/Vertreter), sind diese dem Bundesland zuzuordnen, in dem der Sitz des Unternehmens ist.